

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Abg. Franz Bergmüller

Abg. Bernhard Seidenath

Abg. Maximilian Deisenhofer

Abg. Andreas Winhart

Abg. Susann Enders

Abg. Volkmar Halbleib

Abg. Albert Duin

Präsidentin Ilse Aigner: Nun kommt noch der Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion zum Aufruf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Franz Bergmüller u. a. und Fraktion (AfD)

Bayerisches Gastgewerbe, Sportdienstleister, Kunst und Kultur entlasten - Verbot der Erwerbstätigkeit aufheben (Drs. 18/11884)

Die Aussprache eröffnet der Abgeordnete Franz Bergmüller für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Franz Bergmüller (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Jetzt vermisse ich gerade den Fraktionsvorsitzenden der CSU Kreuzer.

(Zuruf: Er ist gerade draußen!)

– Genau, ist ja gar keine Frage. – Ich habe extra, damit er es auch lesen kann, aktuell die Statistik vom Robert-Koch-Institut für die 48. Kalenderwoche ausgedruckt: Da gibt es nachvollziehbare, weitere und unbekannte Fälle. "Weiter" und "unbekannt" sind circa 2.000 von 18.000 Infektionen in der 47. Kalenderwoche oder von 15.000 Infektionen in der 48. Kalenderwoche. Das kann er selber nachlesen. Das sind die offiziellen Aussagen des Robert-Koch-Instituts. Aber das nur am Rande.

Es geht um den Dringlichkeitsantrag. Er ist auf den Aussagen des Wirtschaftsministers aufgebaut. Jetzt muss ich es korrekt aussprechen, sonst rügt mich wieder die Frau Enders, die mich vorhin als "Zwergmüller" bezeichnet hat. Sie spricht meinen Namen auch nicht korrekt aus. Man könnte jetzt auch zu Minister Aiwanger "Wirtshausminister" sagen. Aber der Hubert weiß, wie das gemeint ist. Normalerweise fühlt er sich ja geehrt.

Wenn wir diese Perspektive nicht bieten wollen, verlieren viele Gastronomen, Künstler und Sportdienstleister schlichtweg den Glauben. Heute in der Früh war in einem Inter-

netportal, in dem viele Gastronomen nachschauen, die Geschäftsführerin des Spitzenhotels Sonnenalp zitiert. Sie hat keine Überbrückungshilfen bekommen, aber Tausende von Euro in Hygienekonzepte investiert. Sie ist physisch und psychisch am Ende. Die Mitarbeiter weinen. Das Hotel Sonnenalp hat eine jahrzehntelange Tradition im Allgäu. So ist die Lage bei vielen anderen Gastronomen, Künstlern und Solo-Selbstständigen. Sie sind alle in einem Topf. Sie hängen alle zusammen.

Es geht aber sogar noch weiter. Heute gibt es noch weitere Meldungen. Ich lese oder höre ja in der Früh alle möglichen Nachrichten, um gleich topaktuell darauf einzugehen. Wir haben die Bauern. Eine Million Schweine stehen in den Ställen und werden nicht abgenommen. Wir haben den Rindfleischsektor – überwiegend Zulieferer im Gastrobereich –, wo die Rinder zu stark an Gewicht zunehmen. Dasselbe Problem haben die Schweinemäster. Wir haben die Kartoffelbauern, die nicht mehr an die Wirte liefern können. Alles hängt zusammen, und alles geht den Bach runter, weil hier keine klaren Perspektiven gegeben werden.

Sicherlich wird der Herr Aiwanger heute noch mal das Wort ergreifen. Deswegen ist er jetzt extra noch mal gekommen, was ich sehr begrüße. Die entsprechenden Minister sollen natürlich auch da sein, wenn es um die wirklich wichtigen Themen und die Wirtschaftspolitik geht. Die ganze Dienstleistungsbranche geht am Krückstock, wenn sie nicht sogar den Krückstock schon verloren hat. Die Ausmaße sind dramatisch. Wir brauchen Perspektiven. Wir haben die AHA-Regeln eingehalten. Wir als AfD fordern Sie auf: Geben Sie die Öffnungsperspektive! Herr Wirtschaftsminister, geben Sie Ihren Ankündigungen den nötigen Rückhalt durch Ihre Partei, in der es vielleicht auch unterschiedliche Ansichten gibt.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Der nächste Redner ist der Kollege Bernhard Seidenath für die CSU-Fraktion.

Bernhard Seidenath (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! An diesem Antrag der AfD lässt sich sehr schön zeigen, warum Corona eine solche Zerreißprobe für unsere Gesellschaft ist und warum Corona das Zeug hat, unsere Gesellschaft zu spalten: Weil es sehr viele gibt – wie die Staatsregierung oder auch die Koalitionsfraktionen von CSU und FREIEN WÄHLERN –, die das Ganze im Blick behalten und sich um das Wohl unserer Gesellschaft sorgen; und weil es manche gibt, die nur Einzelne sehen, nur sich selbst oder andere einzelne Betroffene. Zum Spaltpilz wird das Ganze dann, wenn die mit dem auf den Einzelnen verengten Blick auch noch die anderen, die verantwortungsvoll für alle andere handeln wollen, angreifen und dabei noch polemisch werden. Deshalb ist Ihr heutiger Antrag ein Musterbeispiel für diese Verirrung, die mangelnde Fähigkeit, das Ganze zu sehen, für die Verabsolutierung der eigenen Interessen und so für eine Polarisierung in unserer Gesellschaft.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Natürlich sehen wir, dass das Gastgewerbe durch das Virus bis zur Existenzbedrohung schwer getroffen ist. Ich kann das wirklich sehr gut nachempfinden. Auch deshalb gibt es ja umfangreiche finanzielle Hilfen. Aber ich sehe noch weitere Branchen, die Sie in Ihrem Antrag und in Ihrer Rede nicht genannt haben, Herr Bergmüller: Die Messebauer oder die Schausteller, oder fragen Sie mal die Beschäftigten der Flughäfen, wie es ihnen aktuell geht.

Polemisch zugespitzt sprechen Sie von einem "Verbot der Erwerbstätigkeit". Sie wissen selber genau, dass dem nicht so ist. Der Staat hat im Gegenteil sogar ein Interesse daran, dass die Wirtschaften Speisen zum Mitnehmen verkaufen, damit die Versorgung der Bevölkerung sichergestellt ist. Der Erlös daraus darf über die staatlichen Hilfen hinaus behalten werden; das muss auch gesagt werden. Er wird nicht auf die staatlichen Hilfen angerechnet.

Dass die Situation so ist, wie sie ist, dass die Gaststätten für Besucher geschlossen sein müssen, ist keine Laune der Staatsregierung. Vielmehr zwingt uns das Virus dazu. Das Virus ist es. Die Lage ist ernst, ja dramatisch. Wir haben weiterhin Rekordzahlen bei den Infektionen. Die Todeszahlen steigen stetig. Lassen Sie mich das sagen: Ich habe gestern vom Fall eines 31-Jährigen ohne Vorerkrankungen in meiner Region gehört, der an Corona gestorben ist. Da sagt der behandelnde Arzt: Er muss wohl initial eine hohe Viruslast abbekommen haben. – Er war 31 Jahre alt. Es ist kein Spaß. Es ist todernst und eine Katastrophe. In diesem Lichte stellen Sie Ihren Antrag, der aus übergeordneter Sicht einfach unverantwortlich ist.

Wir müssen Kontakte, so gut es geht, vermeiden, um Infektionen zu verhindern. Unbestritten ist, dass sich die Gastwirtinnen und Gastwirte für die Hygienekonzepte vorbildlich ins Zeug gelegt haben. Aber es ist nun mal so, dass sich ein Virus in geschlossenen Räumen, zumal beim Essen und Trinken, wenn die Mund-Nasen-Bedeckung abgenommen wird, besonders gut verbreitet.

75 % der Infektionen sind nicht mehr nachvollziehbar. Damit wir aus dieser Katastrophe einigermaßen glimpflich herauskommen, müssen wir bitte alle zusammenhalten. Jeder muss hierfür seinen Beitrag leisten. Ich kann nur sagen: Bitte seien Sie vernünftig und blicken Sie auf das gesamte Ganze. Wir wollen unser Gesundheitssystem vor einer Überlastung schützen; denn je mehr Menschen sich infizieren, desto mehr werden schwerer erkranken. Die hohen Zahlen müssen jetzt runter. Wenn wir jetzt schnell erfolgreich sind, dann kann man früher wieder aufmachen. Ich weiß nicht, ob der 31-Jährige, von dem ich vorhin berichtet habe, mit einem Gastwirt verwandt war. Aber es könnte immerhin sein. Dann fragt es sich, wie der betroffene Gastwirt entscheiden würde. Versetzen Sie sich mal in seine Lage und fragen Sie, was ihm wichtiger ist: sein Geschäft zu öffnen oder das Leben eines Angehörigen. – Wie denkt er wohl in zwei Jahren darüber, wenn der jetzt 31-Jährige seinen 33. Geburtstag gefeiert hätte? Hätte dann nicht der Gastwirt, der jetzt so gerne seine Wirtschaft aufmachen würde, sie lieber zu gelassen, wenn er damit hätte dazu beitragen können, das Leben seines

Angehörigen zu retten? Ärgert er sich dann immer noch, dass er zur Jahreswende 2020/2021 gegen eine passable Entschädigung ein paar Monate zusperren musste und so die Chance erhöhte, dass weniger Menschen zu Schaden kommen? Glauben Sie wirklich, dass es dann noch wichtig ist?

Meine Damen und Herren, es ist eine Abwägung der verschiedenen Rechtsgüter, und zwar ganz klar zugunsten der Rechtsgüter Leben und Gesundheit. Bitte denken Sie darüber nochmals nach. Ihren Antrag lehnen wir ab.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Präsidentin Ilse Aigner: Zu einer Zwischenfrage gebe ich dem Kollegen Bergmüller das Wort.

Franz Bergmüller (AfD): Es ist bezeichnend, dass Sie als Gesundheitspolitiker auf eine Wirtschaftsbetrachtung antworten. Sie verwenden selbstverständlich wieder einmal das Totschlagargument: Jeder Tote ist einer zu viel. Ich bin gespannt, ob Sie als Gesundheitspolitiker in Zukunft bei Krankenhauskeimen genauso handeln werden. Ich erzähle Ihnen einmal eine Geschichte, von der ich persönlich betroffen bin: Mein Sohn hat im Klinikum rechts der Isar wegen Krankenhauskeimen in 20 Tagen sechs Operationen gehabt. Daneben ist sogar jemand gestorben. So schaut es aus. Da sind Sie nicht hinterher. Aber bei der Wirtschaft und beim Coronavirus wäre es jetzt unbedingt das einzig ausschlaggebende Argument. Bewahren Sie Ihre Verhältnismäßigkeit!

(Beifall bei der AfD)

Bernhard Seidenath (CSU): Herr Kollege Bergmüller, Sie haben vorhin selber gesagt, dass alles mit allem zusammenhänge, und Schweinehalter zitiert. Die Gesundheit ist die Basis von allem. Das ist privat wie politisch das Wichtigste. Das ist das Fundament für eine verantwortungsvolle Politik. Das gilt auch für die Wirtschaftspolitik. Diese muss sich nach der Gesundheit, nach dem Leben und dem Gesundheitsrecht der Menschen richten. Es ist leider so, dass Leute an Krankenhauskeimen sterben. Die

häufigste Todesursache sind bei uns aber Herz-Kreislauf-Erkrankungen, danach Krebserkrankungen.

Wir versuchen als Gesundheitspolitiker mit großem Nachdruck, alle Krankheitsarten und alle Todesursachen zu bekämpfen. Ich bitte Sie, zu uns in den Ausschuss zu kommen und sich zu informieren – zwei Ihrer Kollegen sitzen im Gesundheitsausschuss –, was wir so alles tun. Das Entscheidende ist, diese Todesursachen zu reduzieren. Dafür gibt es viele Initiativen. Aber wir können nicht zulassen, dass inzwischen mit COVID-19 eine Todesursache auf Rang drei steht und sich anschickt, die Krebserkrankungen zu überholen. Deswegen kämpfen wir dagegen. Deshalb müssen wir leider Gottes auch die Wirtschaften zulassen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Präsidentin Ilse Aigner: Für das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht der Kollege Maximilian Deisenhofer.

Maximilian Deisenhofer (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Beim Durchlesen des Antrags habe ich mich an ein paar Binsenweisheiten erinnert gefühlt. Aber leider ist das Leben weder Wunschkonzert noch Ponyhof. Wir alle gehen gern in bayerische Wirtschaften. Wir gehen gern ins Kino oder auch gern ins Theater. Ich persönlich gehe besonders gern ins Stadion, in die Eishalle oder in die Handballhalle. Aber jetzt nochmals zum Mitschreiben: Wir befinden uns mitten in einer Pandemie. Allein deswegen muss man den Antrag der AfD ablehnen.

Ich glaube, wir sind uns in diesem Hohen Haus bis auf eine Fraktion alle darin einig, dass man jetzt Kontakte reduzieren und die Verbreitung des Virus verlangsamen muss. Kollege Seidenath hat es bereits angesprochen. Gerade die Tourismusbranche und die Gastronomie leben von Mobilität, Begegnung, Geselligkeit und Gastfreundschaft. Viele Betriebe haben vorbildliche Hygienekonzepte erarbeitet und eingehalten. Auch das ist bereits angesprochen worden. Aber wegen der unübersichtlichen Lage – 75 % der Infektionen sind nicht nachvollziehbar – ist es weiter geboten und vernünftig,

dass diese Betriebe geschlossen bleiben, dass es also vorerst so bleibt. Wir GRÜNEN fordern übrigens schon lange, dass man sich mehr Mühe gibt, die Infektionsorte besser herauszufinden, weil man dann eben nicht nach dem Gießkannenprinzip alles schließen müsste, sondern passgenaue Maßnahmen ergreifen könnte. Am meisten ist Gastronomie, Tourismusbranche, Sport und Kultur geholfen, wenn wir die Infektionszahlen so schnell wie möglich senken; denn dann können diese Branchen wieder schneller öffnen.

Wir erwarten von der Staatsregierung, sich auf Landesebene und natürlich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die Betriebe in allen betroffenen Branchen endlich die notwendige finanzielle Unterstützung schnell bekommen, um diese schwierige Zeit zu überstehen. Halten wir also weiter zusammen und lassen wir uns nicht spalten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege, es gibt noch eine Zwischenfrage. – Zu einer Zwischenfrage erteile ich Herrn Kollegen Winhart das Wort.

Andreas Winhart (AfD): Herr Kollege Deisenhofer, Sie haben sich gerade vollumfänglich gegen unseren Antrag ausgesprochen. Ich möchte aber kurz daran erinnern, dass Ihre Kollegin Kurz vor einigen Tagen im Ausschuss für Gesundheit und Pflege einen Antrag dazu gestellt hat, Laienmusik und Blasmusik etc. wieder zuzulassen. Dieser Antrag, der, wie gesagt, aus Ihrer Fraktion, den GRÜNEN, kam, sah damals im Originaltext noch keine Begrenzung und keine Auflagen vor, sondern sofortiges Zulassen. Ich habe dazu meine Zustimmung signalisiert und das auch selbstverständlich gemacht; wenn man diesen Kurs hat, muss man ihn geradeaus fahren. Aber die Frage ist jetzt natürlich: Sehen Sie persönlich den Antrag Ihrer Kollegin Kurz kritisch, nachdem Sie sich jetzt so geäußert haben? Oder wie wollen Sie sich in Zukunft bei diesem Schlingerkurs verhalten?

Maximilian Deisenhofer (GRÜNE): Lieber Kollege Winhart, dass Sie keine Ahnung von Kunst und Kultur haben, haben Sie in dem Antrag schon gezeigt, weil Sie diese

Bereiche unter "Unterhaltung" subsumieren. Das zu Ihrer Expertise zu diesem Thema. Ich glaube, wir sind uns hier alle darin einig, dass wir gegen das Infektionsgeschehen, weshalb in den letzten Tagen und Wochen Maßnahmen verschärft worden sind, nochmals stärker vorgehen müssen. Wir sind uns wohl auch einig, dass es gilt, beim nächsten Mal, wenn wir wieder über Öffnungen reden können, bestimmte Bereiche vielleicht früher zu beachten, als es beim letzten Mal der Fall war. Dazu zähle ich persönlich zum Beispiel auch den Kinder- und Jugendsport. Das ist doch ohne Frage der Fall. Aber das, was Sie hier mit Ihrem Antrag bieten, ist nur abzulehnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Enders für die FREIEN WÄHLER.

Susann Enders (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Zuerst einmal möchte ich mit Fake News aufräumen. Ich bitte Sie grundsätzlich, nicht MRSA, also die multiresistenten Keime, mit COVID-19 zu vergleichen. Gegen die multiresistenten Keime gibt es zwar eine sehr geringe Anzahl von Medikamenten, aber es gibt sie noch. Aber die multiresistenten Keime sind bereits über dem Zenit und eigentlich nicht mehr das große Problem, das heißt, es geht nicht mehr um MRSA, sondern um MRGN, also die multiresistenten gramnegativen Keime. Letztere befinden sich hauptsächlich im Darminhalt. Mit COVID-19 können Sie sich im Supermarkt an der Kasse anstecken. Ich bete zu Gott, dass Ihnen eine Ansteckung mit multiresistenten gramnegativen Keimen nicht an der Supermarktkasse passiert. Das geht also nicht. Das nur nebenbei.

Ihren Antrag können auch wir nur vollumfänglich ablehnen; denn er ist besonders skurril. Nachdem gestern Ihre Fraktionsvorsitzende Frau Ebner-Steiner hier im Plenum wieder einen wenig faktenbasierten Vortrag zu Bayerns Haushalt hielt, kommt jetzt ein Antrag der AfD mit neun – ich wiederhole – neun faktenbasierten Fußnoten. Das ist etwas völlig Neues. Das sind reale Fakten, unbestreitbare Tatsachen und wissen-

schaftliche Grundlagen, auf die Sie als Quelle zurückgreifen, während Sie sonst Fakten eigentlich eher ausblenden, siehe Klimawandel, Corona-Krise, RKI, Wissenschaft und parlamentarische Grundsätze. Nun wollen Sie mit Fakten argumentieren. Liebe AfD, gelten Fakten für Sie nur dann, wenn sie zu Ihrem schrägen Weltbild passen? Sonst, wenn wir faktenbasiert und grundsätzlich argumentieren,

(Zurufe)

sind Sie auf diesem Ohr immer taub. Gut, das muss man hinnehmen. Mein Tipp lautet: Fakten zählen immer. Überlegen Sie sich das über Weihnachten. Nun haben Sie ein paar Wochen Zeit, in der Sie etwas lernen könnten, wie Ihr Kollege Müller wahrscheinlich sagen würde.

Zu den Fakten: Ja, Corona belastet. Gerade wir FREIE WÄHLER wollen, dass, sobald die Zahlen und die Lage es zulassen, Wirtschaft, Kultur und Gastronomie wieder starten. Fakt ist: Menschen sterben, Menschen infizieren sich tagtäglich. Das sagt das RKI, und das sagen wissenschaftliche Institute. Schauen Sie einmal in die Krankenhäuser, dort sehen Sie es. Eine Verlängerung des Teillockdowns bis einschließlich 10. Januar und somit eine Verlängerung des Verbots touristischer Übernachtungen und der grundsätzlichen Schließung der Gastronomie, der Sportstätten sowie von Kunst und Kultur ist beschlossen. Warum? – Weil dies frequentierte, wichtige Bewegungsorte sind. Ob das jetzt jedem von uns 205 Abgeordneten, die wir hier sind, hundertprozentig passt, ob mir das persönlich in diesem Umfang passt, das – muss ich Ihnen sagen – interessiert einfach nicht. Wir haben uns hier auf einen Weg geeinigt, den die beiden Regierungsparteien faktenbasiert mitgehen konnten.

Bewegungsstätten zu schließen ist das Motto. Rund 75% aller Infektionen können laut RKI keinem konkreten Ausbruchsort zugewiesen werden. Das heißt: Ich möchte von Herzen gerne die Gastronomie öffnen, aber wer sagt mir, dass das auch der richtige Weg ist? Hygienekonzepte können die Wahrscheinlichkeit von Infektionen zwar verringern, jedoch nicht ausschließen. Noch ist in keiner Weise abzusehen, wie sich das In-

fektionsgeschehen nach dem 10. Januar entwickeln wird. Daher kann zum jetzigen Zeitpunkt auch nicht über eine Aufhebung dieser geltenden Beschränkung entschieden werden. Wir müssen einfach den Verlauf des Pandemiegeschehens abwarten. Wir werden Öffnungen zulassen, gerade wir FREIEN WÄHLER. Das ist doch bekannt. Wir wollen Öffnungen zulassen, sobald sie infektiologisch vertretbar sind. Für Sie wiederhole ich es jetzt; sobald sie infektiologisch vertretbar sind.

Präsidentin Ilse Aigner: Frau Kollegin, es gibt noch eine Zwischenfrage des Kollegen Bergmüller.

Franz Bergmüller (AfD): Sehr geehrte Frau Enders, in Ihrer Partei besteht offenkundig ein Zwiespalt. Herr Streibl fordert einen schärferen Lockdown, Herr Aiwanger als Wirtschaftsminister hat gestern in der Sendung "Jetzt red i" verschiedene Punkte angesprochen, unter anderem die Verhältnismäßigkeit. Damit wir uns richtig verstehen: Ich habe nicht davon gesprochen, die Schließungen jetzt aufzuheben, sondern am 11.01.2021. Genau das hat Ihr Wirtschaftsminister ins Spiel gebracht. Sind Sie sich in Ihrer Partei überhaupt noch einig oder redet dort jeder jedem nach dem Mund?

(Zuruf)

Präsidentin Ilse Aigner: Frau Kollegin.

Susann Enders (FREIE WÄHLER): Ich glaube, wir sind uns in allen Fraktionen außer Ihrer einig, dass wir gemeinsam einen Weg finden müssen. Auch innerhalb der Fraktion der FREIEN WÄHLER haben wir unterschiedliche Meinungen. Glauben Sie denn, nur, weil wir als FREIE WÄHLER mit in der Regierung sind, würde ich zum Beispiel meine Meinung an der Landtagspforte abgeben? – Vergessen Sie es.

(Zurufe)

Wir finden einen Weg. Den finden wir gemeinsam. Der Unterschied zwischen uns beiden ist, dass ich bereit bin, einen vernünftigen Konsens mitzugehen, und weiter intern

daran arbeite – ich lese nochmal vor –, sobald dies infektiologisch vertretbar ist, auch Öffnungen zuzustimmen.

(Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD))

– Bei Ihnen könnte ich es zwanzigmal sagen, Herr Hahn, dann hätten Sie es immer noch nicht begriffen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Der nächste Redner ist für die SPD-Fraktion Herr Kollege Volkmar Halbleib.

Volkmar Halbleib (SPD): Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich darf mich zunächst dem Kollegen Seidenath zuwenden, weil ich glaube, er hat wichtige Punkte zu dem Antrag genannt. Ich glaube aber auch, dass die Regierungsfractionen und die Staatsregierung, die heute anwesend ist, etwas mitnehmen sollten. Wir haben heute Früh beim ersten Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion bereits die andere Seite der Medaille diskutiert: Wir brauchen jetzt schon Vorbereitungen auf Öffnungen und konkrete Öffnungsperspektiven, Szenarien, Konzepte und Stufenpläne. Diese müssen jetzt vorbereitet werden; denn sobald die Situation so ist, dass wir sie nutzen können, brauchen wir sie auch. Wir brauchen die Staatsregierung auch zur Koordination der Lockerungen und Öffnungsperspektiven in Landkreisen und kreisfreien Städten. Ich befürchte, dass – wenn ich in die Vergangenheit schaue und an die bisherigen Versäumnisse denke – diese Vorbereitungsarbeiten noch nicht laufen. Ich glaube, diese sind ebenso wichtig wie die Punkte, die Herr Kollege Seidenath heute betont hat.

Insofern brauchen wir auch Grundlagen für künftige Abwägungsprozesse; denn es findet ein Abwägungsprozess statt, wenn wir im Januar überlegen, wie wir bestimmte Bereiche öffnen können. Deswegen schließen sich beide Punkte nicht aus, sondern bedingen sich wechselseitig. Der Blick sollte einerseits auf das Infektionsgeschehen

und alle Maßnahmen gerichtet sein, die dazu dienen, das Infektionsgeschehen nach unten zu drücken, und gleichzeitig nach vorne, um Konzepte zu entwickeln, die dann auf dem Tisch liegen müssen, wenn die Möglichkeiten dafür vorhanden sind. Hierfür müssen sie deutlich besser werden als bisher.

Ich möchte noch einen wichtigen Punkt zum Antrag der AfD ausführen: Wenn ich mich dieser schwierigen Abwägungs- und Risikoentscheidung, die wir alle treffen müssen, stelle, obgleich ich Öffnungsperspektiven fordere, dann tue ich das immer mit hohem Respekt vor den Zahlen der Toten, Infizierten und Kranken in den Kliniken, die uns im Augenblick vorliegen. Dies ist die Voraussetzung, aufgrund der man Öffnungen diskutieren kann. Nur, Kollegen der AfD: Wer die Gefährlichkeit von COVID-19 generell leugnet, wer mit dem Virus eine Spaltung unserer Gesellschaft betreibt, wer die Opfer der Pandemie und deren Angehörige in gewisser Weise verhöhnt, dabei aber Tote und Opfer sozusagen in Kauf nimmt, agiert zynisch. Dies ist mehrmals, um nicht zu sagen in jeder Sitzung in diesem Haus, deutlich geworden.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der AfD)

Das ist das Problem. Wer die Herausforderung durch COVID-19 leugnet und zynisch darüber hinweggeht, der hat ganz klar das Recht verwirkt, Öffnungsperspektiven zu fordern oder mit einem solchen Antrag ins Plenum zu gehen.

(Beifall bei der SPD)

Werden Sie sich erst einmal der Herausforderung bewusst, sich dem Problem zu stellen und verantwortlich zu agieren. Dann können wir über alle Anträge, die Sie hier stellen, fachlich diskutieren. Leider ist das Verhalten der AfD nach wie vor so, dass Zynismus, Spaltung und die Verhöhnung der Opfer – sowohl der Toten als auch der Angehörigen der Toten – im Vordergrund stehen. Leider ist es so. Leider muss ich das sagen.

Deswegen werden wir diesen Antrag mit Überzeugung ablehnen, obwohl wir qualifizierte Öffnungsperspektiven für notwendig halten. Der Weg, den die AfD beschreitet, nämlich mit Zynismus und Spaltung Politik zu betreiben, muss deutlich zurückgewiesen werden. Sie müssen einfach anders agieren. Ich bitte Sie, die Weihnachtsfeiertage dazu zu nutzen, Ihre Position zu korrigieren.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Ilse Aigner: Für die FDP-Fraktion erteile ich dem Kollegen Albert Duin das Wort.

Albert Duin (FDP): Verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Jedes Mal habe ich am Schluss der Saison das letzte Wort. Ich weiß gar nicht, wie das kommt. Es scheint so gewollt zu sein.

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege, das letzte Wort habe immer noch ich. Das wollte ich nur gesagt haben.

(Heiterkeit – Allgemeiner Beifall)

Albert Duin (FDP): – Na ja, als Redner! – Erst einmal zu den Fehlern in dem Antrag, der natürlich auch eine gewisse Verzweiflung der Gastronomie und der Läden, die alle öffnen wollen, aufzeigt. Ich verstehe die Gastronomie. Ich verstehe die Lieferanten. Ich gehe sogar noch weiter. Ich verstehe auch den Blumenverkäufer, der abends durch die Restaurants zieht. Ich verstehe auch die Zeitungsverkäufer, die sich über gewisse Einnahmen freuen. Alles das ist eine Katastrophe.

Die Zuverlässigkeit der Politik muss aber besser werden. Einen fixen Termin zu fordern und zu garantieren, dass am 11.01. wieder alles aufmacht, ist Quatsch. Wir müssen uns endlich darauf beschränken, Aussagen zu treffen, die auch wirklich belegbar sind. Sonst müssten wir wie in der Wirtschaft Konventionalstrafen bezahlen, wenn wir Zusagen nicht einhalten. Wir können nicht die ganze Zeit den Leuten irgendetwas erzählen und ihnen sagen, die Hoffnung siegt, sondern wir müssen geduldig abwarten.

Darüber, dass wir eine Perspektive geben wollen, sind wir uns einig. Darüber haben wir alle schon gesprochen. Wir alle haben unsere Vorschläge gemacht. Von allen Seiten kamen gute Vorschläge.

Warum sollen wir uns jetzt auf den 11.01. festnageln, obwohl wir überhaupt noch nicht wissen, wie sich die Krise entwickelt? Wenn wir dem Antrag zustimmen würden, wären wir alle dafür verantwortlich, dass wahrscheinlich noch mehr Menschen in Armut fallen, verelenden und ihr letztes Geld ausgeben, weil sie sagen: Am 11.01. geht es wieder los. Das wissen wir nicht. Wir wollen alle gemeinsam daran arbeiten, das aber bitte ohne gegenseitige Beleidigung und ohne Populismus. Wir wollen daran arbeiten, dass es möglichst schnell wieder aufwärtsgeht.

Die große Hoffnung wird sein, dass wir nächstes Jahr irgendwann anfangen zu impfen. Die Leute glauben jetzt schon, dass sie wieder normal herumlaufen können, wenn sie geimpft sind. Aber sie können andere trotzdem noch infizieren. Das ist das große Problem. Sie können die Krankheit noch weiter übertragen.

Ich möchte auf alle Fälle eine vernünftige Politik betreiben. Natürlich wird es immer wieder Unterschiede geben. Wie macht man etwas? Tendiert man mehr in die Richtung des Sozialen oder mehr in die Richtung des Wirtschaftlichen? Wichtig ist, dass wir verlässlich sind. Es macht keinen Sinn, wenn wir den Leuten alles Mögliche versprechen, es aber nicht einhalten können. – Meine Damen und Herren, ich wünsche Ihnen frohe Weihnachten. Wir lehnen den Antrag ab.

(Beifall bei der FDP)

Präsidentin Ilse Aigner: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 18/11884 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktion der AfD und der Kollege Swoboda. Wer ist dagegen? – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FREIE WÄHLER, CSU

und FDP. Enthaltungen? – Der Kollege Plenk. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 18/11885 mit 18/11889 und 18/11907 mit 18/11910 werden im Anschluss an die heutige Sitzung in die jeweils federführend zuständigen Ausschüsse verwiesen.